



Herr Christian Lindner,  
Bundesminister der Finanzen

Herr Bruno Le Maire,  
Minister für Wirtschaft und Finanzen

21. April 2023

**Offener Brief:** Strenge Fiskalregeln untergraben die Widerstandsfähigkeit Europas

Sehr geehrter Herr Minister Bruno Le Maire,

Sehr geehrter Herr Minister Christian Lindner,

Die Europäische Kommission wird demnächst eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) vorschlagen. Diese Reform soll es ermöglichen, den europäischen Haushaltsrahmen besser an die zahlreichen Herausforderungen anzupassen, mit denen Europa konfrontiert ist, darunter die Klima- und Energiekrise. Die Lockerung der Regeln des SWP in Verbindung mit der Einrichtung eines neuen europäischen Klimafonds ist hierfür entscheidend.

Die deutsche Regierung [schlägt vor](#), Ländern, deren Schuldenstand 60 Prozent ihres BIP übersteigt, zusätzliche Regelungen beim Schuldenabbau aufzuerlegen und die Höhe der öffentlichen Investitionen in Abhängigkeit von den Wachstumsraten zu begrenzen. Diese Maßnahmen bergen die Gefahr, die Widerstandsfähigkeit der Europäischen Union zu untergraben, indem sie die nationalen Investitionskapazitäten zur Bewältigung langfristiger Herausforderungen wie der Klimakrise, der Energiesouveränität und des Schutzes der biologischen Vielfalt verringern oder gar beseitigen.

Die Weigerung, jetzt in den grünen und gerechten Übergang zu investieren, trägt dazu bei, die Tragfähigkeit der nationalen Schulden mittelfristig zu schwächen. Ohne massive und rasche Investitionen werden die EU-Mitgliedstaaten die Kosten der Untätigkeit im Klimaschutz tragen müssen. Die Europäische Zentralbank (EZB) [schätzt](#) diese auf 175 Milliarden Euro pro Jahr (bei einer angenommenen globalen Erwärmung von +3°C).

Die Europäische Kommission geht von einem zusätzlichen Bedarf an öffentlichen und privaten Investitionen für die Transformation in Höhe von 520 Milliarden Euro pro Jahr bis

2030 aus. Deshalb muss eine Reform des europäischen Fiskalrahmens mit **der Einrichtung eines neuen EU-Klima- und Biodiversitätsfonds** einhergehen. Diese Idee unterstützt unter anderem auch die [EZB](#). Die jüngste Lockerung der Vorschriften für staatliche Beihilfen reicht nicht aus. Denn davon profitieren nicht alle Mitgliedstaaten gleichermaßen. Viele Mitglieder verfügen nicht über ausreichend großen finanziellen Spielraum, um Ausgaben in die sozial-ökologische Transformation zu unterstützen.

Die deutschen und französischen zivilgesellschaftlichen Organisationen bitten Sie, den Vormarsch der Energie- und Klimawende nicht auszubremsten: Nur eine ausreichende Freisetzung von Finanzkapazitäten und die Einrichtung eines neuen europäischen Klima- und Biodiversitätsfonds können die wirksame Umsetzung der Fit for 55-Ziele und der grünen Transformation gewährleisten.

Wir fordern Sie als unsere Entscheidungsträger auf, die Auferlegung willkürlicher restriktiver Haushaltsvorschriften zu verhindern. Diese würden den Fortschritt auf dem Weg zu den vereinbarten Klima-, sozial- und wirtschaftspolitischen Zielen der EU in eine Zwangsjacke stecken.

Unserer Meinung nach ist es nicht richtig, gerade Investitionen zu blockieren, deren Nutzen in Form von Schadensvermeidung so groß ist, dass sie deutlich größere Risiken vom EU-Haushalt abwenden als eine Blockade der Finanzierung.

Ja, wir haben die Verantwortung, der jüngeren Generation stabile öffentliche Finanzen zu übergeben. Aber wir sollten ihnen auch nicht eine überhitzte Welt und einen vergifteten Planeten, der keine gesunde Lebensgrundlage für Mensch und Natur mehr bietet, hinterlassen.

Wir müssen alle Länder in der EU in die Lage versetzen, in großem Umfang in den grünen und gerechten Übergang zu investieren, um die Widerstandsfähigkeit, den Wohlstand und die soziale Gerechtigkeit unserer Volkswirtschaften und Gesellschaften zu gewährleisten. Willkürliche Beschränkungen werden sich nicht nur auf einzelne Länder auswirken, sondern angesichts der engen Verflechtung unserer Volkswirtschaften, ganz zu schweigen von unserer gemeinsamen Währung, auch auf die EU als Ganzes.

Mit freundlichen Grüßen im Namen von

Réseau Action Climat France  
Deutscher Naturschutzring e.V.  
GermanWatch  
France Nature Environnement  
Oxfam France  
Fiscal Future  
Alofa Tuvalu